

Gespräch mit dem damaligen stellvertretenden Außenminister Semjonow gegeben. Semjonow war später zu meiner Kanzlerzeit Botschafter in Bonn; er versteht viel von deutscher Kunst, von deutscher Geschichte und von deutschen Interessen. Er hatte das Gespräch 1966 immer wieder auf die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes gebracht und den Gedanken wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Westen angesprochen. Ich war darauf eingegangen, hatte den Schwerpunkt des Gesprächs aber auf die Stabilisierung eines strategischen Gleichgewichts in Europa gelegt und auf Gewaltverzichtvereinbarungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und den einzelnen osteuropäischen Staaten. Die Grenzen der DDR hatte ich dabei einbezogen; besonders an diesem Punkt zeigte sich Semjonow interessiert, ließ sich aber zu keiner Stellungnahme verlocken.

Es muß also 1974 in Moskau genug zuverlässige Quellen über meine Auffassungen der wechselseitigen Interessenlage gegeben haben. Sicher lagen entsprechende Aufzeichnungen auch aus dem Jahre 1969 vor, als meine engen Freunde Alex Möller, Egon Franke und ich, damalige Führungspersonen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, zu einem quasi-offiziellen Besuch in Moskau gewesen waren. 1969 war ein Wahljahr; die große Koalition in Bonn neigte sich dem Ende zu, die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt wurden zunehmend unüberbrückbar. Wir hielten einen Regierungswechsel und eine Übernahme der Kanzlerschaft durch Willy Brandt für denkbar und wollten sondieren, ob sich danach eine Möglichkeit für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau eröffnen ließ. 1969 hatten die Moskauer Gesprächspartner höheren Rang als drei Jahre zuvor. Es waren mehrere wichtige ZK-Mitglieder sowie Mitarbeiter des Politbüros und des Außenministeriums dabei gewesen, darunter Valentin Falin, der spätere Botschafter in Bonn, ein Mann mit konzeptioneller Begabung. Vor allem aber hatte uns Gromyko im Spiridonow-Palais zu einem ausführlichen Gespräch empfangen; da Gromyko damals dem Politbüro noch nicht angehörte, waren wir außerdem von dem Politbüro-Mitglied Poljanskij empfangen worden.



Im Sommer 1966 unternahm Helmut Schmidt eine private Reise durch den Westteil der Sowjetunion.

Das Photo zeigt ihn zusammen mit Frau Loki und Tochter Susanne vor der Basilius-Kathedrale auf dem Roten Platz.



*Oben: Auf dem Markt in
Nowgorod.*

*Unten: In der Moskauer
U-Bahn.*

Im Gespräch mit Gromyko hatte ich praktisch die spätere Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel skizziert, ohne zu wissen, ob es je eine solche Regierung geben würde. Ich hatte zur Eröffnung deutlich gemacht, die Deutschen würden nie auf die Hoffnung verzichten, in *einem* Hause zu leben; sie seien überzeugt, vor der Geschichte dieses Recht zu besitzen. Aber angesichts der tatsächlichen Lage seien wir bereit, auf der Grundlage der Gleichberechtigung Verträge mit der DDR zu schließen, darunter einen völkerrechtswirksamen Gewaltverzichtvertrag, der alle Grenzen der DDR einschließe. Gromyko hatte sich dazu nicht geäußert, statt dessen hatte er vor allem von West-Berlin gesprochen: in dieser Hinsicht seien unsere Standpunkte grundsätzlich verschieden.

Im ganzen hatte das Gespräch viele aktuelle und prinzipielle Fragen der internationalen Politik behandelt. Am Ende hatte Gromyko von den Deutschen mehr Elastizität und Flexibilität gefordert, und ich hatte geantwortet: »Elastizität kann dann eine Tugend sein, wenn sie mit festen moralischen Prinzipien gepaart ist. Aber politische Vorteile bringt sie nur dann, wenn beide Partner Elastizität zeigen.« Das Gespräch mit Poljanskij war ähnlich verlaufen, wenn auch kursorischer.

Alle Äußerungen wurden auf beiden Seiten sorgfältig festgehalten und gewiß für das »Dossier Schmidt« ausgewertet, das Leonid Breschnew bei meinem fünf Jahre später stattfindenden ersten amtlichen Besuch studiert haben dürfte.

In diesem Dossier wird wohl auch mein Buch über die »Strategie des Gleichgewichts« aus dem Jahre 1969 eine Rolle gespielt haben, in dem ich unter anderem die machtpolitische und militärische Rolle der Sowjetunion gegenüber ihren eigenen Verbündeten (unter der Kapitel-Überschrift »Breschnew-Doktrin«), gegenüber dem Westen und speziell gegenüber Deutschland analysiert und Schlußfolgerungen für die Außen- und Verteidigungspolitik meines eigenen Landes gezogen hatte. Schließlich werden die sowjetischen Militärs meine Zielsetzungen, Handlungsweisen und Äußerungen während der drei Jahre meiner Amtszeit als Verteidigungsminister studiert haben.

Ich war entschieden für die Festigung des westlichen Bündnis-

ses und für innere Reform und Stärkung der Bundeswehr eingetreten. Ich hatte für jedermann nachlesbar zum ersten Mal ein umfangreiches »Verteidigungs-Weißbuch« veröffentlicht, das mein Freund Theo Sommer an der Spitze des Planungsstabes auf der Hardthöhe nach vielen Informations- und Diskussionskonferenzen mit Vertretern der Truppe wie der militärischen Führung erarbeitet hatte.

Schließlich hatte ich mich in den turbulenten Ratifikationsdebatten des Bundestages im Frühjahr 1972 über die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel vehement für die Ratifikation eingesetzt und ihre Notwendigkeit aus meiner gesamtstrategischen Sicht der Sowjetunion begründet. Vermutlich paßte ich 1974 für die Beraterstäbe in Moskau weder in die Klischees vom angeblichen deutschen »Militarismus« oder »Revanchismus«, noch kann ich ihnen als ein Mann des »Appeasement« oder der Anpassung erschienen sein. Wahrscheinlich hatten sie eine im großen und ganzen zutreffende Einschätzung meiner Vorstellungen.

Gewiß hatten die Sowjets noch präzisere Bilder von meinem Amtsvorgänger Willy Brandt, von dessen Außenminister Walter Scheel und von Brandts Unterhändler, dem damaligen Staatssekretär Egon Bahr. Daß Scheel in das Amt des Bundespräsidenten aufrückte und Bahr in meinem ersten Kabinett Bundesminister wurde, mögen sie als Zeichen deutscher Kontinuität gesehen haben. Das Ausscheiden Brandts gab ihnen gleichwohl ein politisches Rätsel auf, zumal sie den neuen Außenminister Hans-Dietrich Genscher kaum kannten.

Einer der entscheidenden Faktoren für die Bonner Ostpolitik war seit 1969 der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner; dreizehn Jahre lang hat er sich, in Übereinstimmung mit seinem freidemokratischen Kollegen Wolfgang Mischnick und engstens assistiert von seinem außenpolitischen Mitarbeiter, meinem Freunde Eugen Selbmann, für den stetigen Fortgang der deutschen Ostpolitik eingesetzt. Besonders an unserer Politik gegenüber Moskau und Ost-Berlin hat Wehner einen hohen Anteil, den allerdings weder die Sowjets noch die öffentliche Meinung in Deutschland in vollem Umfang erkennen konnten.



Am 21. und 22. August 1969 führte die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion in Moskau sondierende Gespräche über die Möglichkeit einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten.

Von links: Helmut Schmidt, Alex Möller und Egon Franke. Rechts der damalige Moskaukorrespondent der ARD, Lothar Loewe.



*Am Nachmittag des
21. August wurde die Dele-
gation von Außenminister
Gromyko empfangen.*

*Von links: Möller, Selbmann,
Schmidt, der Dolmetscher,
Gromyko.*

Herbert Wehner war als Politiker eine unerhörte Allroundbegabung. Jean Monnet, Henry Kissinger, später Erich Honecker und manch anderer Beobachter der deutschen Politik haben das verstanden. Er hatte als ehemaliger deutscher Kommunist nach 1933 in Moskau unter der stalinistischen Ära sehr gelitten, hatte sich losgesagt und war nach 1945 – von Kurt Schumacher mit großem Vertrauen empfangen – als Sozialdemokrat nach Deutschland zurückgekehrt. Ich habe ihn 1946 als Redakteur des »Hamburger Echos« kennengelernt und bin ihm von 1953 an im Bonner Parlament täglich begegnet. Er war es, der im Juni 1960 – nach geistiger Vorbereitung durch Fritz Erler, Carlo Schmid, durch ihn selbst und andere – die außenpolitischen Vorstellungen meiner Partei endgültig auf den Boden der inzwischen vollzogenen Tatsachen stellte: Nordatlantikpakt, Europäische Gemeinschaft, Bundeswehr.

Wehners innere Bindung an die Werte des Westens, an die Werte der demokratischen Gesellschaft und der Freiheit des einzelnen, konnte kein anständiger Beobachter in Zweifel ziehen – allerdings haben einige innenpolitische Gegner immer wieder versucht, seine Glaubwürdigkeit herabzusetzen. Wehners Temperament und zeitweilige Schroffheit boten dafür bisweilen Anlässe; vor allem auf der Rechten mißtraute man seinem beharrlichen Eintreten für einen Ausgleich mit der Sowjetunion und seinem stetigen Engagement für Schritte in Richtung auf eine dereinstige Vereinigung der Deutschen unter einem gemeinsamen Dach. Konrad Adenauer hatte ihm Respekt entgegengebracht; ich hingegen – trotz einiger heftiger Auseinandersetzungen – liebte diesen Mann; er erschien mir als Garant einer lebenskräftigen Synthese aus einer sozialen, demokratischen Innenpolitik und einer auf den engen Zusammenhalt mit dem Westen gegründeten Ostpolitik. Als ich 1969 Verteidigungsminister werden sollte, habe ich zur Bedingung gemacht, daß Wehner – bis dahin Bundesminister – an meiner Stelle den Vorsitz der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion übernahm. Ich wollte sicher sein, den Rücken frei zu haben. Ich habe mich in dieser Erwartung nicht getäuscht.

Herbert Wehner konnte notfalls mit dem Holzhammer arbeiten, aber zugleich besaß er ein hohes Einfühlungsvermögen für

andere, besonders für Menschen in Not. Er soll einmal über Rußland gesagt haben, er liebe dieses Land, weil es soviel erleiden mußte. Er mag 1969 und noch 1974, zur Zeit meines ersten Moskauer Besuches als Bundeskanzler, der sowjetischen Führung als Abtrünniger suspekt gewesen sein; wahrscheinlich hat man in Moskau wie in Ost-Berlin erst später seine Bedeutung für unsere Ostpolitik verstanden. Ich hingegen wußte: Wehners ostpolitische Vorstellungen waren schon klar gewesen, bevor Willy Brandt die seinigen entwickelte und bevor dessen damaliger Berliner Mitarbeiter Egon Bahr in der ersten Hälfte der sechziger Jahre vom »Wandel durch Annäherung« sprach. Ich habe in der ganzen Zeit meiner Kanzlerschaft meine Politik jede Woche mit Herbert Wehner abgestimmt, besonders intensiv meine Ostpolitik – und ich habe mich immer auf ihn verlassen können.

Russisch-sowjetische Kontinuität

Meine Vorstellungen von der Sowjetunion in den sechziger und siebziger Jahren unterscheiden sich nur in aktuellen Details, nicht aber grundsätzlich von meinem heutigen Urteil. Mir sind Außenpolitik und Gesamtstrategie der Sowjetunion in vielerlei Hinsicht immer als eine geradlinige Fortsetzung und Ausfächerung der Politik des alten Rußland vom 16. über das 17. bis zum 18. und 19. Jahrhundert erschienen. Grob vereinfacht gesagt, für mich waren und sind drei Viertel der Moskauer Gesamtstrategie russisch-traditionell, ein Viertel kommunistisch.

Lenin – und ebenso Stalin – haben Iwan IV., den »Schrecklichen«, vermutlich zu Recht als den eigentlichen Begründer des absolutistisch-zentralistisch regierten großrussischen Staates betrachtet. Iwan IV., 1530 geboren, nahm 1547 den Zarentitel an und führte den ersten russischen Eroberungskrieg über die alten Grenzen des Kiewer Reichs hinaus, der mit dem Sieg über die tatari-schen Wolgafürstentümer Kazan und Astrachan endete. Damit begann die Geschichte der Reichserweiterungen, die eine weitgehende Russifizierung der fremden Völkerschaften mit sich brachte,

auch Zwangsumsiedlungen, etwa um Nowgorod, Twer oder Pskow (Pleskau) fest unter Botmäßigkeit zu bringen. Das brutale Instrument der Zwangsumsiedlung hat nicht Stalin erfunden; Peter I. und Katharina II. haben vorher das gleiche getan. Die russische Expansion richtete sich auf das Baltikum, auf die Ostsee also, dann auf Polen, die Schwarzmeerküste, schließlich den Balkan; auch Konstantinopel, der Bosphorus und die Dardanellen lagen oft im Blickfeld. Zugleich hatte man den Kaukasus im Auge, die untere Wolga, das Kaspische Meer, Taschkent und Samarkand, Turkestan und Afghanistan. Am Horizont lockten die unermeßlichen Weiten des nördlichen Asiens bis an den Pazifik und über die Beringstraße hinaus Alaska, dann mongolische, chinesische, schließlich japanische und ganz zum Schluß auch deutsche Gebiete. Neuerdings sind politische Stützpunkte im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika hinzugekommen.

Ob unter Iwan IV., Peter I. oder Katharina II., unter Stalin, Chruschtschow oder Breschnew: trotz mancher Rückschläge ist der russische Drang zur Expansion nie wirklich erloschen. Ihm liegt ein moskauzentrischer Messianismus zugrunde, welcher der russischen Staatsidee inhärent geblieben ist. Als Konstantinopel 1453 von den Türken erobert wurde und damit das oströmische Zentrum der Christenheit verlorenging, erklärte sich Moskau zum »Dritten Rom« – »... und ein viertes Rom wird es nicht geben«. Die Heilsgewißheit erschien in anderer Form in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als moskauzentrischer Panslawismus und erneut im 20. Jahrhundert als weltrevolutionärer moskauzentrischer Kommunismus.

Entweder die Wendung zum humanistischen und liberalen Geist Westeuropas oder aber eine bewußte Hingabe an den russischen Messianismus – mit all seinen Gefahren: so ließe sich die Alternative Rußlands im 19. Jahrhundert umschreiben. In der Literatur vertritt Turgenjew die erste, Dostojewski die zweite, die Hauptströmung russischen Denkens – obgleich die Obrigkeit ihn erst zum Tode verurteilte und dann nach Sibirien verbannte.

Vor einer vergleichbaren Frage stehen auch die heutigen Dissidenten in der Sowjetunion. Aber alle Russen, die sich angesichts

dieser Frage für die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit ihrer Würde, für die Herrschaft des Rechts und für die offene Gesellschaft entschieden haben, welche die Unterordnung des einzelnen unter einen kollektiven Willen ablehnen und seine Grundrechte höher bewerten als den Anspruch des Staates oder seiner Herrscher – alle diese Russen waren bisher immer eine Minderheit, eine politisch zumeist bedeutungslose Randgruppe. Es erscheint mir fraglich, ob sich dies unter Gorbatschow wesentlich ändern kann – sosehr ich es hoffen möchte.

Die europäische Aufklärung, die Ideen des Rechtsstaates und der Demokratie haben die politische Entwicklung Rußlands nur wenig beeinflußt. Peter der Große hat – ähnlich wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Meiji-Tenno in Japan – sein Land zielstrebig der westeuropäischen Wissenschaft und Technik geöffnet; aber er hat – ähnlich wie Meiji-Tenno – den Geist seines Volkes nicht entscheidend verändert; er wollte sich des westlichen Beispiels vielmehr bedienen, um den damaligen europäischen Großmächten ebenbürtig zu werden.

Der russisch-sowjetische Expansionsdrang läßt sich mit dem gleichen Recht als Imperialismus begreifen, wie man das im Falle anderer Weltreiche getan hat, ob es die Imperien der Portugiesen, der Spanier oder der Engländer, das antike Rom oder die USA gewesen sind, deren Errichtung weitestgehend auf unfriedlicher Landnahme beruhte. Wenn im Westen vom sowjetischen Imperialismus die Rede ist, so ist die moralische Verurteilung unüberhörbar. Zur Zeit der Entstehung früherer Weltreiche hat es aber eine solche moralische Verurteilung kaum gegeben; die Unterwerfung fremder Völker und die Auslöschung ihrer Staaten wurden weniger als Schuld der Eroberer begriffen, sondern vielmehr als unabwendbares Schicksal. Als meine Generation in der Schule von Alexander dem Großen, von Caesar, von Karl dem Großen oder von Napoleon hörte, kam es den Lehrern nicht in den Sinn, die legendären Eroberer als Verbrecher gegen die Menschlichkeit darzustellen; im Gegenteil: sie wurden eher heroisiert. Das gleiche galt für die Eroberung des ursprünglich indianisch besiedelten Nordamerika durch die Weißen. Und niemand wäre auf den Gedanken gekom-









men, den Athener Staatsmann Perikles oder den Philosophen-Kaiser Marcus Aurelius dafür zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie an der Spitze von Staaten standen, die ohne Eroberungen und ohne Sklaverei gar nicht denkbar sind. Die philosophische, sittliche und rechtliche Verurteilung der Eroberung fremder Staaten und ihrer Völker ist relativ jungen Datums. Die kurzlebigen Weltreichträume der Japaner, Mussolinis und Hitlers wären anderthalb Jahrhunderte zuvor – wenn mit ihnen nicht unvorstellbare Verbrechen verbunden gewesen wären – durchaus nicht so entschieden verurteilt worden, wie das unter den Bedingungen der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts der Fall sein mußte. Seither gelten unverhüllte globale Herrschaftsansprüche in der ganzen Welt als unerlaubt, ja als verbrecherisch.

Die russischen Kommunisten haben sich – nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes – diesem Denken angeschlossen. Aber sie scheinen außerstande, ihre eigenen territorialen Eroberungen mit den gleichen Maßstäben zu messen. Moskau legitimierte seinen Expansionismus zeitweise geschichtsphilosophisch mit den Lehren von der kommunistischen Weltrevolution und dem eingeschränkten Völkerrecht innerhalb des sozialistischen Lagers. Natürlich teilen nicht alle sowjetischen Politiker und Strategen die Überzeugung, daß sie den Leninschen Auftrag erfüllen, Moskau zum Zentrum einer historisch-materialistischen weltweiten Umwälzung zu machen – womit übrigens Marx auf den Kopf gestellt wäre. Manche Politiker und Diplomaten Moskaus dürften in puncto Weltrevolution sehr pragmatisch, vielleicht sogar zynisch denken und im Selbstverständnis der sowjetischen und anderer kommunistischer Parteien vorzugsweise erwünschte Instrumente der sowjetischen Außenpolitik sehen. Es fällt schwer, sich die oft hochgebildeten und sensiblen Liebhaber westlicher Kunst unter den sowjetischen Diplomaten als überzeugte Gläubige einer Weltreligion vorzustellen; wohl aber sind sie pflichtbewußte Diener ihres Staates und seiner Interessen.

Ich zweifelte 1974 nicht an dem weltkommunistischen Sendungsbewußtsein Michail Suslows oder an der Orthodoxie weniger wichtiger Gehilfen wie Ponomarjow. Männer wie Breschnew oder

Kossygin und Tichonow mögen unter der großen Last ihrer täglichen Aufgaben wenig Zeit und Muße zum geschichtlichen oder philosophischen Nachdenken gehabt haben. Aber sie waren von der Legitimität der Ausdehnung ihrer Herrschaft überzeugt – eine Überzeugung, die den Großrussen im Verlauf ihrer Geschichte selbstverständlich geworden ist. Dabei haben natürlich die Jahrhunderte der Fremdherrschaft von Tataren und Mongolen eine wichtige Rolle gespielt. Seit der Zerstörung der Stadtrepubliken, wie zum Beispiel Nowgorods durch Iwan III., kennt Rußland die absolutistische Herrschaftsform in allen ihren Eigenarten und Auswirkungen; sie reichten von der Ermordung von Thronfolgern über Leibeigenschaft bis zur Verbannung nach Sibirien. Kaum jemals haben breite russische Gesellschaftsschichten persönliche Freiheit erlebt; vielmehr hat es fast immer entrechtete Schichten und Klassen gegeben. Deshalb erscheint einem hart arbeitenden Manne wie Gromyko die heutige Gesellschaftsform seines Landes wahrscheinlich als durchaus normal, obgleich er zum Beispiel die prinzipiell und kategorisch freiere amerikanische Gesellschaftsordnung durchaus kennt.

Mit einem Wort: Es hat wenig Sinn, die Politik der Russen – oder der Sowjets – immer wieder mit heutigen französischen, englischen oder amerikanischen Maßstäben zu messen; wir werden sie damit kaum beeinflussen. Noch weniger wird man sie mit moralischen Vorwürfen und Beschuldigungen beeinflussen; im Gegenteil: dies kann in Moskau zu einem verbissenen Rückzug auf den russischen Messianismus führen. Es wird über viele Generationen hinweg einer engen Berührung mit der westlichen sozialen und politischen Kultur bedürfen, um bei den Russen eine Einsicht in die Grundwerte westlich erzogener Menschen zu erreichen. In der Zwischenzeit ist es notwendig, daß der Westen sich vor der weiteren Ausdehnung russisch-sowjetischer Macht schützt. Denn heute ist Rußland nicht nur – wie es der geniale französische Denker Tocqueville schon um 1830 vorausgesehen hat – zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika eine der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg übriggebliebenen Weltmächte, sondern die einzig übriggebliebene expansionistische Weltmacht. Es ist offensicht-

lich notwendig, daß der Westen festhält an dem Kernsatz jener Gesamtstrategie, die George F. Kennan 1947 für die USA formuliert hat: »Das Hauptelement jeder amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion muß bestehen in einer langfristigen, geduldischen, aber zugleich festen und wachsenden Eindämmung der expansiven russischen Bestrebungen.« Wenn er diese Gesamtstrategie im Auge behält, dann hat der Westen den Vorteil, daß die sowjetische Strategie für ihn weitgehend – wenn auch keineswegs vollkommen – berechenbar bleibt.

Die alten Richtungen der russischen Expansion sind die gleichen geblieben; seit Beginn der sechziger Jahre aber sind neue hinzugekommen. Sie haben sich aus den ökonomischen und politischen Nöten der aus kolonialer Herrschaft entlassenen oder befreiten Staaten der Dritten Welt ergeben, genauer gesagt: aus den Chancen, welche sich aus dieser neuen Situation für eine sowjetische Einflußnahme eröffneten. Der Ausbau der Handelsflotte und vor allem der ungewöhnlich zielstrebige Aufbau einer gewaltigen Hochsee-Kriegsmarine auf allen Meeren der Welt durch Admiral Gorschkow – der sich dabei an den seestrategischen Lehren von Mahan, aber auch an der Flottenpolitik von Tirpitz und Nimitz orientierte – waren dabei Voraussetzung und Wirkung zugleich. Die Rüstungsbegrenzungsverträge zwischen Washington und Moskau beschränkten sich ja im wesentlichen auf die Mittel der interkontinentalen nuklearen Kriegführung; so wurden selbst in einer Epoche, in der man auf beiden Seiten den Willen zur friedlichen Koexistenz kundtat, weite Bereiche des ideologischen und machtpolitischen Wettbewerbs ausgeklammert. Auf jeden Fall blieb genügend Raum für den zielbewußten Ausbau der Rüstung.

Expansion und Intervention der Sowjets vollziehen sich im allgemeinen eher auf stille Weise. Die direkte militärische Operation mit der eigenen Armee war selten; im wesentlichen hat sie sich auf die DDR (1953), auf Ungarn (1956), auf die ČSSR (1968) und auf Afghanistan (1979) beschränkt, also hauptsächlich auf Länder innerhalb des Warschauer Paktes. Von dieser vorsichtigen, das Kriegsrisiko meidenden Beschränkung ist die sowjetische Führung nach 1945 nur einmal abgewichen, als Chruschtschow 1962 den

Versuch unternahm, sowjetische Nuklearraketen auf Kuba zu stationieren. Das war sozusagen ein Schritt an die Türschwelle der USA, die mit diesen Raketen bedroht werden sollten. Chruschtschow hat dieses Abenteuer am Ende mit dem Verlust seiner Regierungsgewalt bezahlen müssen.

Breschnew und das von ihm geleitete Politbüro sind zur vorsichtigen Expansionsstrategie eines sorgfältig kalkulierten, begrenzten Risikos zurückgekehrt. Die militärische Intervention in Afghanistan ab Ende 1979 liegt genauso im Rahmen des Konzeptes des begrenzten Risikos wie zuvor schon die über zwei Jahrzehnte durchgehaltene indirekte Unterstützung erst Nordvietnams und dann der vietnamesischen Eroberungen. Die Sowjets sind meisterhafte Schachspieler; sie sind keine Pokerspieler und neigen keineswegs dazu, alles auf eine Karte zu setzen.

Die Vorsicht der Sowjetführung hat eine ihrer Wurzeln in der Erfahrung der Raketenkrise von Kuba. Niemals wieder will Moskau in einer weltpolitischen Krise in die Lage kommen, aus globalstrategischer Unterlegenheit zu spektakulärem Nachgeben gezwungen zu sein. Dieser Wille stand hinter der »idée fixe«, den USA um jeden ökonomischen Preis in globalstrategischer Hinsicht gleichwertig zu werden und zu bleiben – »eine Sache wie Kuba wird uns niemals wieder passieren«.

Aber schon lange vor Kuba lagen andere bittere Erfahrungen: der demütigende Ausgang des russisch-japanischen Krieges von 1904/05 und die verlorene Seeschlacht von Tsushima; der Erste Weltkrieg mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und dem Frieden von Riga 1921, nachdem der Westen im russischen Bürgerkrieg auf seiten der »Weißen« und dann noch einmal im Krieg gegen Polen interveniert hatte. Ein Alpdruck aber blieb der Hitlersche Vorstoß nach Stalingrad, auf die Gipfel des Kaukasus und bis an die Vororte Leningrads und Moskaus; erst nach Jahren blutiger Schlachten und nur mit amerikanischer Hilfe konnte er abgeschlagen werden. Am Ende kostete der Sieg über Hitler zwanzig Millionen Tote.

Die Führer der Sowjetunion leiden an einem russischen Sicherheitskomplex, der sich erstmals schon nach der Niederlage im Krimkrieg 1856 bemerkbar machte. »Die Grenze Rußlands ist nur

dann sicher, wenn auf beiden Seiten der Grenze russische Soldaten stehen«, so soll einmal ein zaristischer Minister gesagt haben. Stalins Politik, einen Kranz von vorgelagerten Satellitenstaaten zu schaffen, hatte ein amerikanisches Allianzsystem zur Folge, das John Foster Dulles in Europa wie im Mittleren und Fernen Osten als einen westlichen Cordon sanitaire aufbaute. Dies wiederum war in Moskau als bedrohliche Einkreisung empfunden worden, und der von Chruschtschow provozierte Bruch mit Mao Zedongs China Ende der fünfziger Jahre – von Mao danach wesentlich vertieft – hat diesen psychologisch verständlichen Sicherheitskomplex noch verstärkt. Etwas anderes kam hinzu. Das Streben nach gleichem global-strategischem Rang und nach »gleicher Sicherheit« wie die andere Weltmacht war nicht nur verteidigungspolitischer Natur. Es war zugleich die Kompensation für den Inferioritätskomplex der Sowjetunion angesichts ihrer offenkundigen Unfähigkeit, wirtschaftlich mit den westlichen Industriegesellschaften gleichzuziehen.

In militärischer Hinsicht ist der Sicherheitskomplex Ausdruck der Sorge über die potentiellen Gegner, als die – in der Reihenfolge ihres geschichtlichen Auftretens – Deutschland, die USA und China angesehen werden. Die Beunruhigung durch Deutschland ist trotz seiner Teilung und trotz der Stationierung starker sowjetischer Streitkräfte im Zentrum Europas noch immer vorhanden. Da sie zugleich ein Instrument zur Disziplinierung der Polen ist, ist sie kunstvoll am Leben gehalten worden. Für den Fall, daß sich je die Gelegenheit bieten sollte, die Bundesrepublik zu isolieren, dient die Warnung vor Deutschland auch zur Verunsicherung der Franzosen und anderer Völker in Westeuropa.

Die tiefe Besorgnis angesichts einer möglichen Unterlegenheit gegenüber den USA bleibt eine Hauptantriebskraft für die gewaltige Raketen- und Marinerüstung der Sowjetunion. Die Sorge über China fällt im Vergleich dazu weniger ins Gewicht, aber auch sie wird deutlich empfunden; der Anlaß war die für Moskau zunächst unfasßbare Entwicklung eines kommunistischen Staates zu politischer Eigenständigkeit, was aller Doktrin widersprach. Aber wahrscheinlich spielt die Tatsache der viermal stärkeren Bevölkerungszahl Chinas eine größere Rolle als die ideologische Unabhängigkeit

Beijings. Ein unterschwelliger Affekt gegen die gelbe Rasse kommt hinzu; eine versteckte Aggressivität gegen den fremden Koloß war schon in der Epoche scheinbarer Harmonie nicht zu übersehen. Die Volksrepublik China wird in Moskau mit Recht als künftige Weltmacht empfunden; entsprechend stark ist der sowjetische Aufmarsch konventioneller und nuklearer Streitkräfte an der 7000 Kilometer langen gemeinsamen Grenze.

Die weitgehende Kontinuität russischer Expansion in der Geschichte zu erkennen bedeutet nicht, an geopolitische Determination zu glauben. Es scheint sich eher um eine politisch-kulturelle Tradition zu handeln, die das Sendungsbewußtsein, welches ursprünglich von der russisch-orthodoxen Kirche ausging und später von der KPdSU aufgenommen und fortgesetzt wurde, nie aufgegeben hat. Es ist noch nicht zu erkennen, ob es unter Gorbatschow zu einer wesentlichen, bleibenden Veränderung dieser alten Tradition kommen kann.

Sowjetische Strategie und deutsche Interessen

Wer als westdeutscher Politiker die Interessen der deutschen Nation verfolgen will, muß sich Klarheit verschaffen über die Interessen und Tendenzen unserer Nachbarn in West und Ost. Er muß sich an deren Stelle versetzen und die Lage mit ihren Augen sehen, wenn er den eigenen Handlungsraum realistisch abschätzen will.

Als ich 1974 als neugewählter Bundeskanzler vor meiner ersten Moskaureise stand, gab es kaum eine Regierung in Europa, welche die Teilung Deutschlands ehrlich bedauerte. Eher war das noch in Washington oder im fernen Beijing der Fall. Aber ein gewisses Verständnis für die deutsche Lage konnte Washington dennoch nicht zu einer Politik bringen, die konkret auf eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten gerichtet gewesen wäre, und Beijing verfügte ohnehin über keinerlei Handlungsmöglichkeiten in dieser Frage – nicht einmal theoretisch.

Die Welt schien also mit der Spaltung Deutschlands weitgehend zufrieden zu sein; unlogischerweise war sie weit weniger zu-

frieden mit der Spaltung Europas. Wir Deutschen hatten nach jahrzehntelangen vergeblichen Hoffnungen auf die Wiedervereinigung am Ende gelernt, ohne allzu großes Jammern und ohne peinliches Selbstmitleid, aber auch ohne nationales Auftrumpfen mit der Teilung Deutschlands zu leben. Allerdings haben wir weder damals noch heute den Wunsch oder den Willen aufgegeben, eines Tages wieder unter einem gemeinsamen Dach zu leben, auch wenn wir wissen, daß jener Tag in weitentfernter, unüberschaubarer Zukunft liegt und daß es bis dahin darauf ankommt, so gut es irgend geht, den Zusammenhang der Nation zu wahren.

Wir wußten und wissen: Die Wahrung des Zusammenhalts der deutschen Nation ist angesichts der Teilung Europas nicht gegen die Sowjetunion möglich. Unsere Politik gegenüber Moskau muß darauf gerichtet sein, jenen Willen zur Aufrechterhaltung unserer nationalen Identität und zur Erleichterung des Schicksals der zwangsweise in einen kommunistischen Staat eingepferchten Deutschen den Sowjets akzeptabel zu machen.

Die Mittel der Bundesrepublik sind in dieser Hinsicht sehr beschränkt. Bonn kann der Sowjetunion nicht so weit entgegenkommen, daß seine Gesellschaftsordnung russisch-sowjetisch beeinflußt wird. Die Freiheit und Würde der Person auf der einen, die freiheitliche Gesellschafts- und Staatsordnung auf der anderen Seite, dies zu bewahren ist für jede Bundesregierung ja gerade das vorrangige Staatsziel. Durch das sowjetische militärische Drohpotential und den dahinterstehenden, in Europa jederzeit spürbaren Expansionismus scheint diese Ordnung gefährdet zu sein.

Ähnlich bedroht fühlen sich andere demokratisch verfaßte Staaten West-, Nord- und Südeuropas. Die meisten von ihnen liegen zwar in größerer Entfernung von der Trennlinie zwischen Ost und West, dafür aber haben einige westliche Länder stärkere, mit Moskau kooperierende kommunistische Minderheitsparteien im eigenen Hause. Das Bewußtsein der latenten Bedrohung hat die westeuropäischen Staaten in den Nordatlantikpakt gedrängt; es hat zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft geführt und den freien Teil Europas militärisch, politisch und ökonomisch immer fester zusammengebunden – wobei man nicht aus dem Auge ver-

lieren sollte, daß auch die neutralen Staaten Schweden, Finnland, Österreich und Jugoslawien ihre Freiheit indirekt auf die gemeinsame Selbstbehauptungskraft der in der EG und im Nordatlantikpakt zusammengeschlossenen Staaten stützen. Für Westeuropa also sind angesichts der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung die Bewahrung seiner Freiheit und die Erhaltung seines Friedens die wichtigsten Ziele.

Die Bundesrepublik ist – anders als Italien, Frankreich, England, Holland oder Dänemark – kein Nationalstaat, sondern der Staat nur eines Teiles der Nation. Daraus resultiert der in der deutschen Nation besonders stark ausgeprägte Wille zu einem *Modus vivendi* mit der Sowjetunion, um wenigstens die Lebensumstände der östlich der Trennlinie lebenden Menschen so erträglich wie möglich zu gestalten. Zwar gibt es auch anderswo in Westeuropa den dringenden Wunsch nach besseren Lebensumständen für die Osteuropäer, nach größerer persönlicher, kultureller und politischer Freiheit für die Polen, die Ungarn, die Tschechen – das Bewußtsein der geschichtlichen und kulturellen Einheit des gesamten Europas ist in den Gefühlen und Gedanken der Menschen tief verankert; politisch am stärksten prononciert wurde es durch Charles de Gaulle. Aber natürlich sind die verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, heimatlichen, geschichtlichen, kurz die soziokulturellen Bindungen zwischen den deutschen Landsleuten auf beiden Seiten der Trennlinie unvergleichlich stärker ausgeprägt als zum Beispiel die Bindungen zwischen Franzosen und Ungarn oder zwischen Italienern und Polen.

Das Gebiet der Bundesrepublik bildet geostrategisch einen Riegel, der von der Ostsee bis zu den Alpen den sehr schmalen, durch Zentraleuropa führenden Landweg einer möglichen sowjetrussischen Expansion in Richtung Westeuropa versperrt. Seit Beginn der Völkerwanderung mußte dieses kleine, geographisch so benetzte Zentraleuropa immer wieder als Schlachtfeld für fremde Eroberer erhalten.

Das heutige militärische Gegenüber der beiden Militärpakte macht das Territorium der Bundesrepublik für den Westen unverzichtbar. Der Verlust dieses Territoriums oder auch nur sein Aus-

scheiden aus dem nur gemeinsam zu verteidigenden kontinental-europäischen NATO-Gebiet wäre unersetzlich; hinzu kommt, daß damit zugleich eine sehr weitgehende Isolierung Skandinaviens und Südeuropas verbunden wäre.

Die NATO konnte das schmerzhaftes Ausscheren Frankreichs aus dem militärischen Verbund am Ende ertragen; sie könnte ein eventuelles Ausscheiden auch eines der kleineren Bündnispartner ohne existentielle Gefährdung ihrer Verteidigungsfähigkeit überstehen; ein Austritt der Bundesrepublik dagegen käme einer Katastrophe gleich. Er könnte nur durch einen sehr weitgehenden Rückzug der Sowjets ausgeglichen werden; aber dafür gibt es gegenwärtig – anders als es vor dreißig Jahren, zur Zeit der Rapacki-Pläne, erscheinen konnte – überhaupt keine Anhaltspunkte. Ein solcher Rückzug der Sowjetunion würde bedeuten, daß Moskau seine machtpolitische Klammer um die DDR, Polen und die ČSSR aufgäbe.

Aus alledem folgt: Die Bundesrepublik darf im Interesse des strategischen Gleichgewichts in Europa und damit der Verteidigungsfähigkeit des Westens ihre derzeitigen Bindungen an den Westen auch dann nicht aufgeben oder lockern, wenn sie Zugeständnisse der Sowjetunion anstrebt. Bei jedem Versuch dieser Art würde sie tiefen Argwohn und politische Reaktionen ihrer westlichen Verbündeten hervorrufen, auf der anderen Seite aber Polen, Tschechen, Ungarn, Schweden, Finnen, Österreicher *und* den ost-deutschen Teil der eigenen Nation beunruhigen, weil eine solche Entwicklung zu einer entsprechenden Verschärfung des sowjetischen Druckes auf diese Länder führen könnte.

Damit sind die Grenzen der Handlungsfreiheit der Bundesrepublik noch keineswegs vollständig aufgezehrt. Die Riegelstellung Deutschlands macht das Territorium unseres Staates nämlich zugleich zum wichtigsten europäischen Aufmarschgelände für die Boden- und die taktischen Luftstreitkräfte des Westens und damit, in der Theorie der Militärs beider Seiten, zum potentiell wichtigsten Kampfgebiet. Für das Gebiet der DDR gilt – aus umgekehrten Gründen – das gleiche. So ist für die Deutschen in beiden deutschen Staaten die für Friedenszeiten völlig ungewöhnliche Konzen-